



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/281 - 10. Dezember 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Paul Böbe - Vorbild für Jung und alt</u> Von Heinrich Altortz, Senatsdirektor, Berlin	41
2	<u>Rechtlich nicht mehr möglich...</u> Zur Einstellung des Verkehrs gegen Dr. Lautz	45
3	<u>Flucht in den Weltraum?</u> Europas Griff nach den Sternen Von Bruno Kuster, Genf	
4 - 5	<u>Völkermord als Cowboy-Abenteuer</u> Groschenhefte - Gift für die Jugend	110
6	<u>Antwort: Verfassungsfrage</u> Gespanntes Verhältnis zwischen Bund und Städten	15
	<u>"Straffreiheitsgesetz für kriegsbedingte, strafbare Handlungen"?</u> Von Kurt Binde, Geschäftsführer des "Ring Deutscher Soldatenverbände"	30

\* \* \* \*

Paul Löbe, langjähriger Reichstagspräsident,  
feiert am 14. Dezember 1960 in Berlin seinen  
85. Geburtstag

Paul Löbe - Vorbild für jung und alt

Von Heinrich Albertz  
Senatsdirektor, Berlin

Am 14. Dezember feiert Paul Löbe, der letzte demokratische Präsident des Deutschen Reichstages, in Berlin seinen 85. Geburtstag.

Dieser Mann, dem im Gegensatz zu manchen betriebsamen und eiteln jüngeren Zeitgenossen eine grosse Bescheidenheit auszeichnet, wollte versuchen, sich allen öffentlichen Auftritten an diesem Tage zu entziehen. Diesen verständlichen Wunsch wird man ihn deshalb nicht erfüllen können, weil es nicht um seinen Willen, aber um der Erziehung und Stärkung von uns Nachgeborenen willen wichtig ist, dass wir uns immer wieder daran erinnern, dass es unter uns noch Männer wie Paul Löbe gibt. Denn er ist ja nicht nur einer von denen, die in der Weimarer Republik unter schwierigsten Umständen ein hohes Amt mit unbeirrbarer Treue und Pflichterfüllung ausfüllten und dafür in den "Nazi-Jahren" bitter bezahlen mussten, sondern er hat in den Jahren des deutschen Wiederaufbaues nach dem schrecklichen Zusammenbruch uns allen in einer lautereren und uneigennützigsten Weise gedient, für die es kaum ein vergleichbares Beispiel gibt.

Dieser schlichte Mann aus Schlesien ist über die Jahrzehnte hin ein Berliner geworden, der mit seiner ehrwürdigen Gestalt die deutsche Hauptstadt und damit die Nation als Ganzes über alle Zusammenbrüche hinweg repräsentiert.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hat in seiner grossen Rede in Hannover von der Einheit unserer Geschichte gesprochen, aus der niemand austreten könne, und von der bei aller notwendigen Strafe von Verbrechen nötigen Aussöhnung in unserem Volk. Paul Löbe stellt diese Einheit der Geschichte in besonderer Weise dar. Er, der in den Jahren der deutschen Erniedrigung zwischen 1933 und 1945 zum Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde, ist dann ohne Zögern und mit besonderer Wirksamkeit für jene anderen Opfer eingetreten, die als Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten millionenfach die Schuld Adolf Hitlers am eigenen Leibe zu spüren bekamen. Er ist eine jener seltenen Persönlichkeiten in unserem Volk geworden, die durch die Stille und durch Güte eine unbezwingbare Gewalt ausüben. Wo er in einen Raum tritt, an einem Gespräch teilnimmt und mit uns hinter einem Sarge geht - dreimal hat er Berliner Bürgermeister zu Grabe geleiten müssen -, geht die alte Generation mit uns Jüngeren sichtbar mit und stellt jene Verbindungen her, die in unserem Volke gemeinhin so grausam zerrissen wurden.

Darum sollte nicht nur die Berliner Bevölkerung - sie wird es sicher in grosser Herzlichkeit tun -, sondern ganz Deutschland am 14. Dezember Paul Löbes und seiner tapferen Frau gedenken.

Rechtlich nicht mehr belangt

ne- Zum gleichen Zeitpunkt, da sich in der Öffentlichkeit und im Bundestag ein Protest der Empörung gegen das Schleswiger Urteil, Hitlers Reichsjustizminister Dr. Schlegelberger seien weiter 2.900.-- DM monatlich zu zahlen, erhob, gab das Justizministerium in Kiel bekannt, das Hitlers Oberreichsanwalt Dr. Lautz strafrechtlich nicht mehr belangt werden kann. Wenn man Schlegelberger vielleicht als intellektuellen Urheber der Gleichschaltung der Justiz im nationalsozialistischen Reich bezeichnen kann, so muss man Lautz als Hitlers juristischen Frontkämpfer im Kampf gegen die aufrechten Männer des Widerstandes vor dem Volksgerichtshof des berühmigten Roland Freisler ansehen. Aber die Justiz in Schleswig-Holstein hat die Angelegenheit nicht politisch, sondern formal-juristisch behandelt und gewertet.

Bei dem Oberstaatsanwalt Dr. Rosga in Lübeck waren zuletzt noch in 14 Fällen strafrechtliche Anzeigen gegen den Dr. Lautz eingegangen. Angehörige von Widerstandskämpfern, gegen die Lautz in übelster nationalsozialistischer Manier von Freisler die Todesstrafe gefordert hatte, und die dann an Fleischerhaken erhängt worden sind, wünschten die Bestrafung dieses fanatischen Diener des Unrechtsstaates. Die Oberstaatsanwaltschaft in Lübeck stellte sich aber auf den Standpunkt, dass gegen den Lautz keine Anklage zu erheben sei, da seine Taten durch das Urteil des amerikanischen Militärgerichtshofs III 1947 in Nürnberg abgegolten sind. Diesen Standpunkt schloss sich auch der Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein, Dr. Voss, an.

Hitlers Oberreichsanwalt Lautz, der in Nürnberg zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde und davon nicht einmal sechs Jahre absass, wird somit nicht mehr vor ein deutsches Gericht gestellt, und von der 956 Ermittlungsverfahren, die bei der Oberstaatsanwaltschaft in Lübeck anhängig waren, wird kein einziger Fall zur Anklage kommen. Auch der Anzeige des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier wird nicht nachgegangen.

Nun sollte man meinen, dass das 13ler-Gesetz (Novelle von 1957) und die Beamtendisziplinarordnung sich folgerichtig gegen Lautz wenden würden, da es sich hier ja um einen wegen Kriegsverbrechen vorbestraften Mann handelt. Dem ist nicht so. Das Justizministerium in Kiel meinte, die strafrechtliche Beurteilung, die jetzt abgeschlossen worden ist, habe keine Tatbestandswertung für die sonstigen gegen Lautz laufenden Verfahren.

So wird denn Lautz Mitte Januar vor dem Obergerverwaltungsgericht in einer Klage gegen den schleswig-holsteinischen Finanzminister Dr. C.A. Schaefer (CDU) auftreten, der dem Oberreichsanwalt Hitlers die Pension in Höhe von rund 1.600 -- DM monatlich aberkannt hat. Das gleiche Gericht hat aber entschieden, dass dem Reichsjustizminister Hitlers, dem Staatssekretär a.D. Professor Schlegelberger, das Rechtsbewusstsein für seine Taten in der nationalsozialistischen Zeit gefehlt habe und er somit weiter DM 2.900.-- monatlich bekommen müsse... -

\* \* \*

## Flucht in den Weltraum ?

Von Bruno Kuster, Genf

Mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Schaffung einer europäischen Organisation für die Erforschung des Weltraumes werden nun auch wir Europäer vor die Notwendigkeit gestellt, jährlich ungezählte Millionen für Arbeiten auszugeben, deren fassbarer Wert in einer recht ungewissen Zukunft zu liegen scheint. Die zu diesem Zweck im CERES, dem europäischen Kernforschungszentrum bei Genf abgehaltene intergouvernementale Konferenz führte also - im Gegensatz zu anderen europäischen Konferenzen - zu einem vollen Erfolg. Die Veranstalter hoffen, in etwa einem Jahr - nach Eingang der nötigen Ratifikationen und der Aufstellung der Forschungsprogramme - mit der praktischen Arbeit beginnen zu können.

### Die Wissenschaft vom "Satelliter"

Die Raumforschung ist eigentlich keine neue, selbständige Wissenschaft, sondern eher eine neue Technik, mit deren Hilfe bereits bestehenden Wissenszweigen neue Erkenntnisse vermittelt werden können. Ihr wichtigstes Arbeitsinstrument ist die Weltraumrakete und - je nach Forschungsauftrag - der durch sie beförderte Satellit samt den dazugehörigen Mess- und Übermittlungsgeräten. Die wichtigsten Wissenschaften, die sich von diesen komplizierten und sehr kostspieligen Werkzeugen wertvolle Auskünfte versprechen, sind: Physik der oberen Atmosphäre (über 30 km), Sonnenphysik, die Beziehung zwischen der Sonne und der Erde, die Meteorologie, Form und Eigenschaft der Erde, die kosmische Strahlung, die Gravitation, die Mond- und Planetenphysik usw. Militärische Ziele gehören nicht in den Bereich dieser Organisation, deren Forschungsergebnisse öffentlich zugänglich sein werden.

### Europa will im Weltall "dabei sein"

Den unmittelbarsten, praktischen Nutzen verspricht man sich offenbar für die Wetterbeobachtung und für die Verbesserung der radiophonischen Übermittlung. Doch kommt noch ein viel "greifbarer" Aspekt hinzu: nachdem nun einmal in den USA und in der Sowjetunion Weltraumraketen und Satelliten seit einigen Jahren Wirklichkeit sind, gehen davon wesentliche Impulse auf die Entwicklung der Technik, der Ausbildung der Forscher und die Wirtschaft aus. Somit steht Europa vor der Frage, ob es auf den Platz eines technisch unterentwickelten Gebietes zurücksinken oder das Rennen in der Kopfgruppe mitmachen will.

### ... aber Käsezoll bleibt ein "Problem"

Natürlich wäre es auch engherzig, den Wert der Weltraumforschung nur nach allfälligen praktisch auswertbaren Ergebnissen beurteilen zu wollen, denn die reine Forschung hat an sich einen Eigenwert, der ein Grundelement der menschlichen Gesellschaft ist. Aber man kann sich trotzdem eines bitteren Gefühles kaum erwehren. Bevor wir die zahlreichen Probleme auf unserer alten Erde auch nur halbwegs gelöst haben, begeistern wir uns für die Rückseite des Mondes. In so banalen Dingen wie Zöllen und der Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln oder Käse streiten wir Europäer uns seit Jahren und spalten uns in gegnerische Lager, können uns vor Ungeduld aber kaum fassen, bis auch ein europäischer Satellit sein "Tak-tak" aus dem Weltraum sendet. Flüchten wir vor unserer "häuslichen" Problemen in den Weltraum?

### Völkermord als Cowboy-Abenteuer

Das große Weihnachtsgeschäft ist bereits im Gange. Eine neue Geldlawine rollt auf die Ladenkassen zu. Auch der Buchhandel verspricht sich von den kommenden Wochen einen guten Umsatz: Wenn man den Marktforschern glauben darf, dann ist mehr denn je der Roman das Kaufobjekt. Daß in vielen Fällen der Kunde bei solchen Gelegenheiten auch Politik kauft, ist weithin zwar bekannt, aber die wenigsten nehmen es ernst. Besonders leichtfertig gehen die Käufer mit ihrem Gelde um, wenn es um Jugendbücher geht.

Eine noch nie dagewesene Schwemme an Kriegsheften und -büchern ist seit den letzten zwei Jahren festzustellen. In vielen Fällen handelt es sich um Publikationen, die besser gar nicht gedruckt worden wären - aber sie sind da, und das verlangt die Auseinandersetzung mit ihnen.

Wenn man von einigen wenigen Erscheinungen absieht, ergibt sich die fatale Situation, daß das politische Jugendbuch kaum gedruckt wird. Die Masse der Hefte und Bücher gehen sowohl an der Kultur als auch an der Geschichte überhaupt vorbei und verbreiten sich mit romantischen Kriegererzählungen.

Im Lande Nordrhein-Westfalen haben speziell solche Erzeugnisse mit Vorrang im Ruhrgebiet reißenden Absatz gefunden. Ein Teil der Jugend liest den zweiten Weltkrieg wie einen Krimi und gestaltet die Freizeit mit Landsbergeschichten, hinter denen sich nichts als Prosz und Stammtischangeberei verbirgt.

15 Millionen Groschenhefte erscheinen jährlich, und in allen Broschüren wird das grausige Geschehen von 1939 bis 1945 mehr oder weniger verniedlicht. Millionen für verkrüppeltes Heldentum, für politische Dummdenken, ohne daß es eine Handhabe gebe, diese Geschäftemacherei zu stoppen! Man muß kein Pazifist sein, um diese Erscheinungen auf dem deutschen Buchmarkt zu geißeln. Schließlich ist es eine Zumutung für alle, wenn der Amerikaner grundsätzlich als Cowboytyp verkauft, der Russe als brutal-verschlagener Bursche gezeichnet und der Franzose als Schlappstock dargestellt wird, während der Deutsche strahlend, mutig, immer bereit, sein persönliches Schicksal in die Waagschale dieses "Ringens" zu werfen, der einzige Held ist.

Um die viel zitierte unbewältigte Vergangenheit zu bewältigen, bedarf es nicht zuletzt eines Jugendbuches, das sich von diesen völkerverachtenden Tendenzen distanziert und zugleich die Wahrheit über den Krieg sagt.

Warum deutsche Fallschirmjäger über Kreta absprangen, verdient gerade in der Jugendliteratur eine leidenschaftslose Klärung, und der polnische Aufstand in Warschau müßte ebenso wahrheitsliebend dargestellt werden wie der mörderische Einsatz der SP-Gruppen in Rußlands Weiten.

Wie aber sieht es in diesen Groschenheften aus?

Die Besatzungszeit der Deutschen in den verschiedensten Ländern des Kontinents empfinden die Schreiber zwar als hart, aber in vielen Fällen auch - selbstredend - gerecht. Man unterschlägt, daß die Massenverbrechen durch Deutsche unser Volk vollends in den Untergang stürzten, man vergißt, wie beispielsweise die Niederländer von Jahr zu Jahr durch die SS-Herrschaft zu Feinden gemacht wurden, und man klammert in fast allen Fällen aus, warum es überhaupt zu diesem Kriege kam.

Dafür aber solche rüden Szenen:

"Wir wußten, heute nacht würde der Iwan kommen. Aber Karl hatte es allen eingeschärft: Kommen lassen, ganz nahe herankommen lassen, und dann dazwischenhalten, daß keiner übrigbleibt. Heute oder nie..."

Oder: "Ich sehe noch die blutrünstige Fratze dieses Asiaten, dann griff ich zum Bajonett, stach ein- und zweimal..."

Oder: "Der Kommandant hatte das Sehrohr ausgefahren. Ganz klar lag der Gott vor ihm, Ob er bewaffnet war? Nichts zu sehen! Aber es war ein feindliches Schiff. Torpedos klar, Torpedos los..."

Oder: "Hier war keine Zeit zu verlieren. Flammenwerfer her, die Bude muß ausgeräuchert werden..."

Oder: "Hat der Kerl immer noch nicht genug? Nein, Unteroffizier, das ist ein hartar Brits, beide Ketten abgeschossen, aber er schießt noch aus allen Knopflöchern..." "Na, warte, Bürschen, dem knallen wir jetzt eins in die Wanne, daß er für alle Zeiten im Himmel seine Bratkartoffeln essen kann. Nos, Jungens, fertig..."

Diese menschenverachtende Erzählung ließe sich ins Uferlose fortsetzen, aber die wenigen Beispiele müssen genügen, die Eltern dafür zu interessieren, was ihre Kinder lesen. Ja, auch die Schulen hätten hier die Aufgabe des Mahnens und des Ratens, die Hauptaufgabe fielen wohl aber dem Staat selbst zu, der solchen Schriften den Garaus machen sollte. Mit stammesähnlicher Bierglas-Philosophie allein haben die Autoren nicht gearbeitet. In vielen ist, wenn auch unterbewußt, so etwas von Nebaukentum und Herrenmenschsein überbriggelieben, dessen sich die NS-Kriegsmaschinerie ohne Rücksicht auf Verluste ("Der Rest wurde am Boden zerstört") bediente.

Und wie ist die Wirkung bei den jungen Käufern?

Lehrer, Eltern, Fürsorgler wissen davon zu berichten. Die meisten vertreten die Ansicht, der jugendliche Leser genieße diese diese Kriegsliteratur wie Karl-May-Bücher. In vielen Fällen werden die Dinge nicht ernst genommen, und einige ergänzen: "Kein Vater meinte auch, es gab viel schöne Erlebnisse in dieser Zeit. Es hat ja nicht immer geknallt..."

Auf die Frage, wie seine Eltern den Krieg überlebt haben, antwortete ein Junge: "Ich weiß es nicht, ich habe damals noch nicht geliebt, und mein Vater war erst 1943 eingezogen worden und bis zum Schluß in Dänemark. Er hat Mutter viele Pakete geschickt." Nach einigen Rückfragen berichtete dann der 12-jährige, er hätte sich nicht nach Dänemark schicken lassen, sondern wäre lieber zu den Panzern eingezogen worden und an die Front gefahren. Im Panzer war man ebenso sicher wie in einem Westwallbunker oder wie in Dänemark... Eine Nachprüfung ergab, daß allein in der Familie dieses Jungen drei Angehörige gefallen waren, alles Onkel von ihm. Aber es war ohne Einbruch geblieben. Vielmehr verwies der Dotz mit Stolz darauf, daß er mehr wisse über den Krieg als jeder andere, denn er hole sich von seinem Taschengeld monatlich das neueste Kriegsbuch oder -heft. Die Mutter helfe ihm dabei.

Doch damit noch nicht genug: Auf die Frage, wer diesen Krieg eigentlich bezahlen mußte und noch bezahlen muss, fand er überhaupt keine Antwort. Hitler war ihm insofern ein Begriff, als dieser Mann die Autobahnen gebaut habe und bei Schluß des Krieges in seiner "Kommandopunker gefallen" sei.

Dies ist kein Einzelfall. Im Zusammenhang mit der antijüdischen Schmieraktion sind noch andere, krassere Fälle zutage getreten, die uns die Problematik der politischen Bildung unserer Jugend vor Augen führten. Solange aber der Gesetzgeber nicht in der Lage ist, hier fest kontrollierend einzugreifen, liegt bei den Eltern und Lehrern die große Verantwortung.

Wer seinem Kind das unselige Kriegskapitel nahebringen will, sollte zu Büchern greifen, die darauf abzielen, eine neue "Dolchstoßlegende" zu verhindern, und die nicht den Völkermord zu einem Cowboyabenteuer verniedlichen!

Antwort: Verfassungsklage

sp- Wie zu erwarten war, haben die Städte den Beschluss des Bundeskabinetts, den Freibetrag für Gewerbetreibende zu erhöhen, nicht widerspruchslos hingenommen. Sie drohen mit einer Verfassungsklage, falls dieser Entwurf Gesetz würde. Niemand, auch der Deutsche Städtetag nicht, ist gegen Hilfe für den Mittelstand, sie darf aber nicht zu Lasten der Gemeinden erfolgen. Die Bundesregierung machte sich die Gewährung dieses Wahlgeschenks an eine zahlenmässig nicht unbedeutende Schicht des Wählervolkes allzu einfach. Sie handelte nach dem Grundsatz, sollen die anderen in diesem Fall die Städte und Gemeinden, damit fertig werden, sie sollen sich mit den Ländern herumschlagen und sehen, wie sie Ersatz für den zu erwartenden Steuerausfall von mehr als einer halben Milliarde DM bekommen. Die Bundesregierung spielt hier den feinen und grosszügigen Mann. - Der Einnahmeverlust von einer halben Milliarde trifft die Gemeinden schwer, und es ist verständlich, wenn sie sich dagegen wehren. Das letzte Wort dürfte Karlsruhe geben.

\* \* \*

"Straffreiheitsgesetz für kriegsbedingte, strafbare Handlungen?"

Aus gegebenem Anlass und um möglichen Irrtümern entgegenzuwirken, veröffentlichen wir nachstehend eine kurze Darstellung von Herrn Kurt Linde, Geschäftsführer des "Bund Deutscher Soldatenverbände", zur Frage eines begrenzten Straffreiheitsgesetzes für kriegsbedingte, strafbare Handlungen. D.Red.

"Wir sind der Auffassung, dass es an der Zeit ist, die Strafverfolgung kriegsbedingter Handlungen, die von Soldaten im Kampfgebiet im Zusammenhang mit militärischen Kampfhandlungen begangen worden sind, einzustellen. Wir richten daher an die Fraktionen des Deutschen Bundestages die Anforderung, ein begrenztes Straffreiheitsgesetz zu verabschieden, wonach mit sofortiger Wirkung kriegsbedingte, strafbare Handlungen, die im Bereich militärischer Operationen begangen worden sind, nicht mehr verfolgt, bereits anhängige Verfahren dieser Art eingestellt und rechtskräftige Urteile, die auf solchen Handlungen beruhen, nicht mehr vollstreckt werden". - So lautet eine Entschliessung, die am 3.10.1960 den Fraktionsvorsitzenden der Parteien des Deutschen Bundestages unterbreitet worden ist. Sie betrifft also ausschliesslich einen Personenkreis, für den die Bundesrepublik Deutschland zuständig ist. Die Entschliessung enthält nicht die Forderung: "alle noch in alliierter Haft Befindlichen summarisch freizulassen". Sie setzt sich vielmehr dafür ein, dass denen, die in eine Schuld verstrickt sind, verziehen werden möge, weil sie sich "verpflichtet fühlten, "gegen Nachlassen der Manneszucht, Ausschreitungen, Plünderungen, Paniken und sonstige schädigende Einflüsse unverzüglich mit allen, selbst den schärfsten Mitteln, einzuschreiten", wie es die Vorschrift "Truppenführung" in ihrer Einleitung vorschrieb, die Vorschrift "Truppenführung", die unter der Verantwortung des damaligen Chefs des Generalstabes, General Ludwig Beck, geschrieben worden ist. Diese Kategorie von Fällen meinen wir. Wir haben um Straffreiheit für Kameraden gebeten, weil wir um Verstrickungen wissen, die über das Mass der seelischen, geistigen und körperlichen Kräfte eines Menschen hinausgehen konnten. Für solche Fälle bitten wir um Vergebung der Schuld. "

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel